

**Ausschussdrucksache**

(04.09.19)

**Inhalt:**

Schreiben Juso-Hochschulgruppe Greifswald vom 02.09.2019

hier:

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur  
Änderung des Hochschulrechts  
- Drucksache 7/3556 -**



Juso-Hochschulgruppe Universität Greifswald | Weißgerberstraße 14 | 17489 Greifswald

Juso-HSG Greifswald

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
Der Vorsitzende  
Lennéstraße 1  
19053 Schwerin

Felix Willer  
Sprecher



2. September 2019

## Öffentliche Anhörung des Bildungsausschuss am 23. September 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie unsere Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur  
Änderung des Hochschulrechts.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Willer

Die Juso-Hochschulgruppe der Universität Greifswald begrüßt die Änderung des Hochschulrechts für das Land Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich sehr.

Lehre und Forschung der Universitäten und Hochschulen unseres Landes bedienen sich aus unserer Sicht einer ausschließlich friedlichen Grundausrichtung – dies soll so bleiben. Wir fordern die Einführung einer Zivilklausel an prominentester Stelle im LHG – in der Präambel.

Unser Vorschlag: „Forschung und Lehre dienen ausschließlich friedlichen Zwecken.“

Als größte Statusgruppe an den Lehr- und Forschungseinrichtungen, sollten Studierende auch in alle Prozesse, so auch zum Beispiel den der Verhandlungen der Zielvereinbarungen, beteiligt werden.

Grundsätzlich gilt, dass wir in allen Gremien der Universität eine paritätische Besetzung fordern.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der jedem Menschen möglich gemacht werden sollte und muss. Studiengebühren durch „die Hinterzimmertür“ lehnen wir ab und fordern daher die Streichung der so genannten Verwaltungskostenpauschale - nicht Studierende, die neben ihrer eigentlichen Hauptaufgabe, dem Studium, noch Erwerbsarbeit nachgehen müssen oder Familie und Uni vereinbaren müssen, sind für die Finanzierung der Universitäten und Hochschulen zuständig, sondern das Land selbst – unabhängig von Unmengen an Drittmitteln.

Neben dem „alltäglichen“ Betrieb an den Universitäten, bringen viele Studierende sich ehrenamtlich in Gremien ein und beleben somit ihre Lehr- und Forschungseinrichtung. Als Teil der Gesellschaft tragen sie somit auch zur

gesamtgesellschaftlichen politischen Meinungsbildung bei. Deshalb fordern wir ganz klar die Abschaffung des hochschulpolitischen Mandats und die Einführung eines allgemeinpolitischen Mandats. Des Weiteren fordern wir die Streichung des §25 (2), da Mandatsträger\*innen der Studierendenschaft alle Studierenden vertreten und nicht nur die, ihres eigenen Fachbereiches.

Des Weiteren haben Fachschaftsräte bei der Erstellung ihrer Fachschaftsrahmenordnung aus unserer Sicht ein Recht auf Einbindung - §26 (3) müsste dementsprechend angepasst werden.

Gerade aufgrund des Drucks der auf Studierenden lastet, fordern wir eine ersatzlose Abschaffung von Regelprüfungsterminen (damit einhergehend der Verfall der so genannten „Fristenfünf“), eine komplette Abschaffung der Regelstudienzeit und Erweiterungen der bisherigen 3 Prüfungsversuche.

Die Einführung eines Kaskadenmodells für mehr Gleichberechtigung begrüßen wir grundsätzlich, sehen diese aber auch nur als einen ersten Schritt an.

Weitere Schritte sind aus unserer Sicht zum Beispiel die Anpassung von Berufungsverfahren, so zum Beispiel das Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen bei Beibehaltung der derzeit geltenden Rechte von Gleichstellungsbeauftragten.

Des Weiteren würden wir uns wünschen, dass Studierende unter dem AGG erfasst werden und somit auch konsequent durch die Gleichstellungsbeauftragten in den verschiedensten Situationen unterstützt und beraten werden können.

Die Streichung des Adjektivs „wissenschaftlich“ als Präzisierung der Hilfskraft für die Gleichstellungsbeauftragten sehen wir sehr kritisch und fordern eine ganze Stelle für eine wissenschaftliche Hilfskraft für die Gleichstellungsbeauftragten unserer Hochschulen und Universitäten.

Zum Akkreditierungsverfahren: wir begrüßen sehr, dass das Verfahren der Akkreditierung, wenn auch „nur“ als Soll-Regelung erhalten bleibt und nicht komplett gestrichen wurde. Somit sichern wir die Qualität der Lehre der Hochschulen und Universitäten in unserem Land.